

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>V</b>
----------------------	----------

## **Teil 1 – Einführung: Gegenstand, Ziele und Methodik der Untersuchung**

*von Ulrich Sieber und Nicolas von zur Mühlen*

<b>I. Problemstellung .....</b>	<b>1</b>
<b>II. Ziel der vorliegenden Untersuchung .....</b>	<b>3</b>
<b>III. Methodik der Untersuchung .....</b>	<b>4</b>
A. Identifikation der relevanten Regelungsbereiche .....	4
B. Festlegung der einbezogenen Rechtsordnungen .....	4
C. Erlangung der relevanten Länderinformationen .....	5
1. Problemstellung .....	5
2. Wissenschaftliche Landesberichte .....	6
3. Workshops mit Praktikern .....	7
4. Strukturierte Fragebögen und Umfang der Analyse .....	7
D. Rechtsvergleichende Analyse .....	8
1. Vergleichung des Strafprozess- und Telekommunikationsrechts .....	8
2. Regelungen der Rechtshilfe .....	9
<b>IV. Gang der nachfolgenden Darstellung .....</b>	<b>9</b>

## **Teil 2 – Grundlagen: Internationale Zusammenarbeit in der Telekommunikationsüberwachung**

*von Thomas Wahl*

<b>I. Rechtsgrundlagen für die Überwachung der Telekommunikation im Rahmen der Rechtshilfe .....</b>	<b>11</b>
A. Rechtsgrundlagen hinsichtlich der allgemeinen Bestimmungen zur Gewährleistung der kleinen Rechtshilfe .....	11
1. Grundlegende Bemerkungen zum Rechtshilfesystem .....	11
a) Rechtshilfe innerhalb der Europäischen Union .....	13
b) Rechtshilfe innerhalb Europas (Europaratsstaaten) .....	15
c) Vertragliche Rechtshilfe mit bestimmten Staaten (insbesondere außereuropäische Staaten) .....	19
d) Rechtshilfe aufgrund deliktsbezogener Übereinkommen .....	20
e) Vertragslose Rechtshilfe .....	22
2. Verhältnis der Rechtsgrundlagen .....	22

B.	Spezielle Rechtsgrundlagen TKÜ-Rechtshilfe .....	26
1.	Die spezifische Regelung im EU-RhÜbk .....	27
a)	Zuständige Anordnungsbehörde (Art. 17 EU-RhÜbk) .....	28
b)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs mit technischer Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 18 EU-RhÜbk) .....	28
c)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs im eigenen Hoheitsgebiet durch Einschaltung von Diensteanbietern (Art. 19 EU-RhÜbk) .....	31
d)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ohne technische Hilfe durch einen anderen Mitgliedstaat (Art. 20 EU-RhÜbk) .....	32
2.	TKÜ nach der RL Europäische Ermittlungsanordnung .....	35
a)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs mit technischer Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 30 RL EEA) .....	36
b)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ohne technische Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 31 RL EEA) .....	39
c)	Umsetzung in Deutschland .....	40
	Exkurs: Der Begriff „Telekommunikation“ in der RL EEA und im EU-RhÜbk .....	41
3.	Besondere Regelungen zur TKÜ in bilateralen Abkommen der Bundesrepublik .....	43
4.	Grenzüberschreitende TKÜ auf der Grundlage des Rechtshilfe-übereinkommens des Europarats – zugleich: Rechtshilfe auf der Grundlage von Generalklauseln .....	44
5.	Deliktsbezogene Übereinkommen: Art. 33, 34 EuCybercrimeÜbk und Art. 20 UN-TOC als mögliche Rechtsgrundlagen? .....	47
a)	EuCybercrimeÜbk .....	47
b)	UNTOC .....	48
6.	TKÜ bei vertragsloser Rechtshilfe .....	50
7.	Rechtsgrundlagen für bestimmte Rechtshilfemaßnahmen im Zusammenhang mit TKÜ .....	50
a)	Überblick .....	50
b)	Austausch von TKÜ-Daten im Rahmen der polizeilichen Rechtshilfe .....	51
8.	Rechtshilfeprobleme im Zusammenhang mit der Herausgabe von TKÜ-Protokollen .....	53
a)	Die Herausgaberegulation in Sondervorschriften (hier: Art. 17 Abs. 5 CZ-ErgV EuRhÜbk) .....	53
b)	Die Herausgabeproblematik bei der Rechtshilfe mit anderen Staaten .....	54
c)	Lösung der Herausgabeproblematik nach der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung .....	56
C.	Grundstrukturen des materiellen Rechtshilferechts – die Unterscheidung zwischen Leistungs- und Vornahmeermächtigung, insbesondere im Zusammenhang mit völkerrechtlichen Verträgen .....	58
a)	Grundlagen in Bezug auf eingehende Ersuchen .....	59
b)	Grundlagen in Bezug auf ausgehende Ersuchen .....	62
c)	Ermächtigungsgrundlagen in concreto .....	62

d) Ermächtigungsgrundlagen für die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Beweismittel .....	63
<b>II. Rechtshilfeverfahren .....</b>	<b>65</b>
A. Allgemeine Vorbemerkung .....	65
B. Eingehende Ersuchen um TKÜ (Deutschland als ersuchter Staat) .....	68
1. Übliches Verfahren .....	68
a) Bewilligungs- und Vornahmeverfahren bei der sonstigen Rechtshilfe .....	68
b) Besonderheiten bei der EEA .....	70
2. Rechtsschutzmöglichkeiten des Betroffenen .....	82
a) Das deutsche Rechtsschutzsystem bei der sonstigen Rechtshilfe ...	82
b) Besonderheiten bei der EEA .....	87
c) Zusammenfassung .....	90
C. Ausgehende Ersuchen um TKÜ (Deutschland als ersuchender Staat) .....	92
1. Übliches Verfahren .....	92
a) Zweiteilung .....	92
b) Besonderheiten bei der EEA .....	94
2. Rechtsschutz .....	96
<b>III. Filterpflichten und Verwertungsfragen .....</b>	<b>99</b>
A. Eingehende Ersuchen um TKÜ (mit technischer Hilfe) – Deutschland als ersuchter Staat .....	100
1. TKÜ in klassischer Form .....	101
a) Allgemeine Grundsätze .....	101
b) Ergebnis einer stringenten Sichtweise .....	105
c) Möglichkeiten einer flexibleren Lösung .....	107
d) Modifizierung der Grenzen durch Einschränkungsklauseln in der RL EEA und im EU-RhÜbk? .....	120
2. TKÜ in Echtzeit .....	124
B. Ausgehende Ersuchen um TKÜ (mit technischer Hilfe) – Deutschland als ersuchender Staat .....	127
1. Pflichten deutscher Stellen zur Einhaltung deutscher strafverfahrensrechtlicher Standards beim Stellen eines Ersuchens .....	128
2. Beweisverwertung bei Rechtmäßigkeit der Beweiserhebung nach ausländischem Recht, aber Nichteinhaltung deutschen Rechts .....	130
a) Nichtbeachtung (angegebener) deutscher Form- und Verfahrensvorschriften .....	130
b) Abweichungen zum deutschen Recht .....	131
3. Beweisverwertung bei Nichteinhaltung des Rechts des ersuchten Staates .....	133
a) Die Leitentscheidung des BGHSt 58, 22 .....	133
b) Abweichungen bei Ersuchen nach der RL EEA? .....	135
4. Beweisverwertungsverbote wegen Nichteinhaltung rechtshilferechtlicher Voraussetzungen .....	137
a) Die vom BGH entwickelten Grundsätze .....	137

b) Entsprechende Anwendung bei der EEA? .....	138
C. Besonderheiten bei der TKÜ ohne technische Hilfe .....	139
1. Gemeinsame Grundsätze nach der RL EEA und dem EU-RhÜbk, insbesondere für eingehende Ersuchen .....	139
2. Unterschiede zwischen RL EEA und EU-RhÜbk und Auswirkungen .....	142
IV. Zusammenfassung .....	144
Anhang .....	151

### **Teil 3 – Ergebnisse: Rechtshilfe zur internationalen Telekommunikations- überwachung mit unmittelbarer Datenausleitung**

von *Ulrich Sieber*

I. Rechtsgrundlagen .....	156
II. Datenübermittlung ins Ausland (Deutschland als ersuchter Staat) .....	159
A. Zwischenstaatliche Leistungspflicht .....	159
1. Formelle Rechtshilfenvoraussetzungen .....	159
2. Allgemeine materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	160
3. TKÜ-spezifische Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	162
a) Beschränkungen auf Maßnahmen „in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall“ .....	162
b) Mögliche Modifikation der innerstaatlichen Ermächtigungsnorm .....	163
c) Konsequenzen aus dem Erfordernis der innerstaatlichen Ermächtigung für die Vornahmeermächtigung .....	164
d) Fortgeltung von Beschränkungen auf deutschem Territorium im Anschluss an die TKÜ-Anordnung .....	167
4. Schutz der Daten nach der Auslandsübermittlung .....	170
a) Kontrollprobleme des deutschen Rechts nach der Auslandsübermittlung .....	170
b) Mögliche Lösungsansätze: Exportverbot, Filterpflichten oder Bedingungen? .....	176
c) Beschränkung des Kontrollmaßstabs auf den ordre public .....	179
d) Kontrollmaßstab des BVerfG für die Datenübermittlung ins Ausland .....	182
e) Konsequenzen für die TKÜ-Rechtshilfe .....	185
B. Innerstaatliche Ermächtigung .....	191
1. Voraussetzungen der TKÜ-Ermächtigung .....	191
a) Formelle Voraussetzungen der Ermächtigung .....	191
b) Materielle Voraussetzungen der Ermächtigung .....	192
2. Materielle Ermächtigung zur Datenweitergabe ins Ausland .....	193
C. Ergebnis zur Übermittlung von inländischen TKÜ-Daten .....	193

<b>III. Datenübermittlung nach Deutschland (Deutschland als ersuchender Staat)</b>	195
A. Antragstellung und Anordnungsermächtigung	195
B. Bewilligungsentscheidung	195
C. Verwertung der übermittelten Beweismittel	196
D. Ergebnis zur Erlangung von ausländischen TKÜ-Daten	198
<b>IV. Telekommunikationsrechtliche Vorgaben zur Datenübermittlung</b>	198
A. „Mittelbare Behördenausleitung“	199
B. Direktausleitung der Provider ins Ausland	199
C. Zwischenergebnis zu den telekommunikationsrechtlichen Vorgaben	200
<b>V. Gesamtergebnis und Handlungsempfehlungen</b>	200
A. Ergebnis	200
B. Handlungsempfehlungen	201
1. Zur technischen Umsetzung des TKÜ-Systems mit unmittelbarer Datenausleitung	201
2. Zu den Regelungen der deutschen Justiz	202
3. Zu den aktuellen Regelungen der Europäischen Union	204
4. Zum grundlegenden Ansatz der europäischen Strafrechtspolitik	204
<b>Literaturverzeichnis</b>	206